



**SGB-Medienkonferenz zum Verteilungsbericht**  
Bern, 25. Oktober 2018

**Die Gewerkschaft.  
Le Syndicat.  
Il Sindacato.**

Vania Alleva, Präsidentin Unia

## **Mindestlöhne und generelle Lohnerhöhungen gegen die Einkommensschere!**

**Die Einkommensschere hat sich seit der Jahrhundertwende drastisch geöffnet. Der Kampf der Gewerkschaften für generelle Lohnerhöhungen und Mindestlöhne kann diese verhängnisvolle Entwicklung stoppen.**

Meinen Beitrag zur Medienkonferenz möchte ich diesmal mit einer positiven Nachricht eröffnen: Im Unterschied zu vielen anderen Ländern in Europa sind in der Schweiz die tiefsten Löhne deutlich seit der Jahrhundertwende gestiegen. Und trotz Finanzkrise und Frankenüberbewertung erhöhten sich die Löhne insgesamt. Die Arbeitgeber blieben mit ihren Angriffen auf das Lohnniveau in der Regel erfolglos.

### **Höhere Löhne dank GAV und Mindestlohn-Initiativen**

Das hängt zentral mit dem Engagement der Gewerkschaften zusammen. Ende der 1990er Jahre starteten wir die Kampagne «Keine Löhne unter 3'000 Franken». Diese trug zur gesellschaftlichen Sensibilisierung in der Frage der tiefsten Löhne bei. Die Volksinitiative für einen gesetzlichen Mindestlohn von 4'000 Franken scheiterte zwar 2014 an der Urne, setzte aber Massstäbe. Vergleicht man die Mindestlöhne für ungelernte Arbeiter/innen zwischen 1998 und 2018, so zeigt sich, dass sich der gewerkschaftliche Kampf ausgezahlt hat.

### **Entwicklung GAV-Mindestlöhne für Beschäftigte ohne Lehre, in CHF, alle Löhne x13**

<b>Branche</b>	<b>1998</b>	<b>2004</b>	<b>2010</b>	<b>2018</b>
Coop	2400-2700*	3300	3700	3900
Gastgewerbe	2350	3120	3383	3435
Baugewerbe*	3390-3610	3915-4040	4330-4462	4413-4548
Textilindustrie	2365	3050	3285	3500

\* Regional unterschiedliche Mindestlöhne

Mit diesen Kampagnen für einen würdigen Mindestlohn auf nationaler Ebene und in mehreren Kantonen sowie dank Fortschritten bei den Gesamtarbeitsverträgen haben wir es also geschafft, die tiefsten Löhne deutlich zu verbessern. Dieser Erfolg hat auch mit der verbesserten Vertragsabdeckung zu tun – auch dies eine Ausnahme im europäischen Quervergleich. Heute sind knapp die Hälfte aller Arbeitnehmenden in der Schweiz einem Gesamtarbeitsvertrag mit Mindestlohn unterstellt – neu bzw. erst seit relativ kurzer Zeit zum

Beispiel im Personalverleih, in der MEM-Industrie oder bei den Tankstellenshops. In Tieflohnbranchen mit allgemeinverbindlich erklärten GAV sind die Löhne schrittweise angehoben worden, so besonders im Gastgewerbe, im Coiffeurgewerbe, im Detailhandel und in der Reinigung.

Mindestlöhne, beispielsweise beim GAV-Betrieb Coop, haben eine Signalwirkung für die gesamte Branche, in diesem Fall für den Detailhandel. So haben in den letzten Jahren Unternehmen wie Manor, Lidl und auch Aldi die Steigerung bei den tiefsten Löhnen teilweise nachvollziehen müssen. Deshalb sind Mindestlöhne für die Verbesserung der Situation von Tieflohnempfänger/innen ein wirksames Mittel. Dies zeigt sich auch bei der – leicht sinkenden – Quote jener Personen, die trotz Erwerbsarbeit von Armut betroffen sind. Die Armutsgefährdungsquote (50% des Medians) betrug 2007 4,3% und 2016 4,0%. Folgerichtig sollen die Mindestlöhne verstärkt werden. In drei Kantonen ist ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt worden und die SGB-Gewerkschaften wollen einen gesetzlichen Mindestlohn in weiteren Kantonen einführen.

### **Nachholbedarf bei Frauenlöhnen und in kritischen Tieflohnbranchen**

Nur das Engagement der Gewerkschaften und die kontinuierliche Verbesserung der Mindestlöhne in den GAV haben also in den vergangenen Jahren eine lohnpolitische Verschlechterung mit unabsehbaren sozialen Folgen verhindert.

Die Tabelle zeigt allerdings auch: In den letzten Jahren gab es nur noch bescheidene Fortschritte im Tieflohnbereich. Zudem gibt es stark wachsende Tieflohnbranchen wie etwa die Logistik, in der es keine GAV gibt und die Löhne vieler Menschen nicht zum Leben reichen. Besonders verletzlich bleiben die temporär angestellten Arbeitnehmenden im Personalverleih. Zudem bleibt die skandalöse Tatsache, dass Frauen knapp 20 Prozent weniger verdienen als Männer. Es braucht hier Massnahmen zur Verbesserung der beruflichen Stellung der Frauen, bessere Kontrollmöglichkeiten, aber auch schlicht und ergreifend Lohnerhöhungen für Frauen, damit die in der Verfassung verankerte Lohngleichheit endlich Realität wird.

### **Einkommensschere geht weiter auf**

Trotz der relativen Verbesserung im Tieflohnbereich, zeigt der Verteilungsbericht 2018 vor allem Unerfreuliches: Für die grosse Mehrheit der Menschen gab es seit dem Jahr 2000 keinen Einkommensfortschritt mehr. Das verfügbare Einkommen ist für Menschen mit tiefem Einkommen immer noch fast gleich hoch wie vor 18 Jahren, für jene mit mittlerem Einkommen ist es nur leicht gestiegen. Der Hauptgrund ist die stark gestiegene Prämienlast bei der Krankenversicherung und der Rückgang bei den Prämienverbilligungen. Kurz: Prämien, Abgaben, Steuern und Mieten fressen die Lohnfortschritte auf. Das gilt verstärkt ausgerechnet für langjährige Mitarbeitende, welche nur sehr magere Lohnzuwächse erhalten haben, wie der Verteilungsbericht zeigt.

Die Topverdiener haben hingegen heute fast 4'000 Franken pro Monat mehr in der Tasche als zu Beginn des Jahrtausends. Die Einkommensschere zwischen tiefen, normalen und hohen Einkommen hat sich also weiter geöffnet. Dies ist ein Problem für den sozialen Zusammenhalt in diesem Land. Hier müssen wir dringend ansetzen. Es braucht höhere Krankenkassen-Prämienverbilligungen, so dass niemand mehr als 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben muss. Vor allem aber braucht es eine massive Verbesserung der tiefen und mittleren Löhne, denn hier schlagen steigende Mieten, explodierende Krankenkassenprämien und neuerdings auch die wieder anziehende Teuerung voll durch. In den diesjährigen Lohnverhandlungen fordern wir darum generelle Lohnerhöhungen von 2 bis 2,5 Prozent. Und gibt es keine Verbesserung für die langjährigen Mitarbeitenden, werden wir vermehrt auf höhere Qualifikations- und Erfahrungsmindestlöhne in den GAV setzen müssen. Das sind keine Luxus-Forderungen, sondern dringend notwendige lohnpolitische Schritte, um die verhängnisvolle Öffnung der Einkommensschere zu bremsen.